Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Anzeigen entgegen. Für Anzeigen die Postanstalten entgegen. — Erscheint wöchentlich. Schriftleitung • Aufträge Nr. 52.

Anzeigenpreis für die 5mal gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 30 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 35 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 60 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 47 — Mittwoch, den 25. Februar 1925 — 20. Jahrgang

Eine deutsche Anregung in der Abrüstungsfrage.

Deutschland will vor Absendung der nächsten Note gehört werden.

London, 23. Febr. Das englische Kabinett wird sich am Mittwoch mit der deutschen Anregung beschäftigen, daß Vertreter der deutschen Regierung von den alliierten Regierungen gehört werden sollen, bevor eine neue Note in der Abrüstungsfrage an Deutschland gesandt wird.

Paris, 23. Febr. Die Frage der Hinzuziehung Deutscher zu den Besprechungen wird einen der Hauptgegenstände bei der Unterredung Herriots mit Chamberlain bilden. Die französische Regierung hat in London schon zur Kenntnis gebracht, was sie über diese Frage denkt: Wenn Deutschland eines Tages die Beunruhigung Frankreichs beseitigen wolle und sich anbiete, an irgendeiner allgemeinen Besprechung teilzunehmen, die die von Frankreich geforderte Sicherheitsgarantie betrifft, so werde das sicher nicht auf französischen Widerspruch stoßen. Aber wenn Deutschland sich unter jenem oder diesem Vorwande in die allgemeine Besprechung über den Bericht der Militärkontrollkommission und die Frage der Aufrechterhaltung der Besetzung von Köln einmischen wolle, so sei das unzulässig. Solange es sich darum handle, die Klauseln des Versailler Vertrages anzuwenden, hätten die Alliierten allein darüber zu entscheiden. Sobald es sich aber darum handle, einen Plan zu entwickeln, der etwas anderes als die Durchführung des Friedensvertrages betreffe, müßten die Deutschen gehört werden. Das sei bei dem Dawesplan der Fall gewesen und werde wieder eintreten, wenn man ein System von Sicherheitsgarantien ausarbeiten wolle.

Botschafterkonferenz am Dienstag.

Genf, 23. Febr. Das „Journal" meldet aus Paris: Gestern nachmittag 6 Uhr wurde die Sitzung der Botschafterkonferenz auf Dienstag vertagt. Um 8 Uhr ist ein Havasbericht erschienen, der kurz besagt, daß die Anträge der Kontrollkommission eine eingehende Erörterung notwendig machten und daß am Dienstag über das Gutachten des alliierten Ministerrats Beschluß gefaßt werden soll.

Deutschlands bisherige Zahlungen nach dem Dawesplan.

Der Generalagent für die Reparationszahlungen hat, wie uns unsere Berliner Schriftleitung drahtet, wiederum einen Bericht über die Ausgänge und Eingänge seiner Kasse veröffentlicht, der über die deutschen Leistungen und ihre Verwendung bis zum 31. Januar Rechenschaft ablegt. Die Gesamtzahlungen auf die erste Jahres-Annuität, die bis jetzt eingegangen sind, beträgt 394,5 Millionen Goldmark. Von dieser Summe entfallen 385 Millionen Mark auf die auswärtige Anleihe Deutschlands. Davon haben Frankreich 161,4, Großbritannien 8,1, Belgien 38,8, Italien 32,4, Japan 1,2, Südslawien 11,9, Portugal 2,2, Rumänien 2,8, Griechenland 0,95 Millionen Mark erhalten. Alle diese Zahlungen sind in Gestalt von Sachlieferungen erfolgt. Durch die 26prozentige Reparationsabgabe haben davon erhalten England 67,5 Millionen Mark, Frankreich 3,8 Millionen. Für die Kommissionen sind von den eingegangenen Geldern etwa 22 Millionen für die Besatzungskosten in Reichsmark ebenfalls etwa 22 Millionen bezahlt worden. Von den gesamten Eingängen sind zu Zahlungen 381,4 Millionen Mark verwendet worden, so daß der Barbestand bei der Reichsbank am 31. Januar 13,1 Millionen Mark beträgt.

Der Dank des Reichspräsidenten.

Reichspräsident Ebert hat an die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold folgendes Telegramm gerichtet:

„Den zur Feier des einjährigen Bestehens des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Magdeburg versammelten deutschen und österreichischen Bollsgenossen danke ich für ihr Treugelöbnis und ihre Grüße. Dem Reichsbanner spreche ich an seinem 1. Jahrestage meine besten Wünsche aus für seine Weiterentwicklung und die Erfüllung seiner großen staatspolitischen Aufgaben.

gez. Reichspräsident Ebert."

Der Reichspräsident erkrankt.

Berlin, 23. Febr. Reichspräsident Ebert ist an einer Blinddarmentzündung erkrankt und muß sich einer Operation unterziehen. Die verfassungsmäßige Vertretung des Reichspräsidenten ist dem Reichskanzler Dr. Luther übertragen worden.

Ueber die Erkrankung des Reichspräsidenten wird weiter gemeldet: Professor Sauerbruch nahm heute nacht die Blinddarmoperation vor. Alles ist gut verlaufen.

Tscheka-Prozeß.

In der Verhandlung gegen den Angeklagten Margies wird fortgeschritten. Auf die Vorhaltungen des Präsidenten Riedner, daß er doch nach Aussage des Angeklagten Poege den Fabrikanten Greng nach einem fingierten Einbruch den Hals durchschneiden wollte, erwiderte Margies: „Nun, Herr Präsident, Sie werden wohl diese Aussage genau so werten, wie ich. Poege schildert hier einen ganz schwarzen Hintergrund, damit seine dunkle Trauergestalt sich wenigstens etwas abhebt." Die Schilderung über den Fall Zauche in Heidelberg, wie sie Poege gegeben habe, sei Phantasie. Er habe nie die Absicht gehabt, den Zauche zu erschießen und Poege habe sich wohl eine Rettungsmedaille für die Beschützung des Zauche verdienen wollen. Dann habe Mörsner sie in Mannheim aufgesucht und ihm einen Zettel an Neumann mitgegeben, daß er Fall erledigt sei, und daß er sie abrufen solle. Einige Tage später, an einem Montag, sei man nach Stuttgart zurückgefahren. Margies schildert dann weiter, daß der Angeklagte König in Stuttgart versucht habe, ihn hochgehen zu lassen. Er sei zu einem Treffpunkt bestellt worden und etwas zu früh gekommen. Da sei König mit mehreren Kriminalbeamten, unter ihnen Koppenhöfer, gekommen. Zum Glück habe er entkommen können, aber er mache kein Hehl daraus, daß im anderen Falle einige Beamte ihr Leben hätten lassen müssen, denn er lasse sich nicht ohne weiteres festnehmen.

Die Fälle Wetzel und Schlotter seien nur noch Demonstration gewesen. Neumann und er hätten schon den Vorsatz gehabt, daß sie sich zunächst bis zum 1. März halten wollten, ohne etwas Ernstes zu unternehmen, die übrigen Gruppenmitglieder hätten es aber nicht wissen dürfen. Tatsächlich hätte Neumann und er den Poege und König hintergangen, und diese wieder ihrerseits Neumann und ihn, doch seien Poege und König überlegen gewesen, weil sie die Polizei auf ihrer Seite gehabt hätten.

König bestreitet, daß er Kriminalbeamte auf Margies gehetzt habe.

Margies stellt dann die Behauptung auf, daß Neumann öfter betrunken gewesen und dann mit seinen Leuten umgesprungen sei, wie ein Hauptmann mit seinen Rekruten.

Neumann erklärt hierzu, daß man in Erfurt an einem Bockbierfest teilgenommen habe, und daß einzelne Gruppenmitglieder sich derart benommen hätten, daß er ihnen habe Vorhaltungen machen müssen.

Eine längere Auseinandersetzung zwischen Vorsitzenden und Verteidigung entspinnt sich, als Rechtsanw. von Bahnato beantragt, den Angeklagten Margies über seine Behandlung in der Untersuchungshaft zu vernehmen.

Nach der Mittagspause wird zur Vernehmung des Angeklagten Johannes Szon geschritten. Er ist 31 Jahre alt, bisher nicht vorbestraft und gibt an, früher der KAPD. angehört zu haben, aber von der Kommunistischen Partei nichts zu wissen. Er sei zunächst von Neumann für das Auto engagiert worden, dann habe ihn Neumann in den Anschlagsplan auf Seeckt eingeweiht. Er macht dann etwa dieselben Ausführungen, wie Neumann. Bei dem Fall Rausch habe Neumann gesagt, Rausch solle einen Denkzettel bekommen, eine Absicht, ihn zu töten, habe nicht bestanden. Nach der Tat an Rausch sei Neumann derart aufgeregt gewesen, daß er im Auto hingesunken sei, und er (Szon) ihn erst mit Poege auf den Sitz helfen mußte. Zu den Vorgängen in Stuttgart kann er kaum wesentliche Angaben machen.

Neumann erklärt zu den Aussagen Szons, er habe Szon ursprünglich nur als Chauffeur verpflichtet, dann aber für die Gruppe und zwar auf die Partei. Szon habe zwar nicht der Partei angehört, aber mit ihr stark sympathisiert. Er habe das Recht gehabt, Leute, die er als zuverlässig kenne, zur Parteiarbeit heranzuziehen.

Im Anschluß hieran entspinnt sich eine ausgedehnte Auseinandersetzung, da die kommunistischen Verteidiger behaupten daß die Partei niemals Richtmitglieder zu Parteiarbeiten heranziehe. — Hierauf wird die Verhandlung vertagt.

Wie Sensationen gemacht werden.

Eine Anzahl von rechtsradikalen Provinzblättern, darunter die „Pommersche Tagespost", bringt unter den Ueberschriften: „Vor neuen Sensationen!" und: „Ist das wahr, Herr Severing?" Telegramme aus Berlin nach denen sich eine „neue Skandalaffäre" vorbereite, in die eine Firma Müller-Friedrich in Lemgo bei Detmold und ein Kaufmann Schreiber in Schöneberg verwickelt seien. Minister Severing habe von Herrn Schreiber Liebesgabenpakete erhalten, und dieser Herr Schreiber sei Lieferant der preußischen Betriebe. Die Rechtsparteien wollten mit dieser Affäre zum entscheidenden Schlag gegen Severing ausholen, und davon, wie Severing sich aus dieser Sache „herausziehen" werde, werde sein Verbleiben im Kabinett Marx abhängen.

Hierzu teilt der Amtliche Preußische Pressedienst mit, daß es sich um eine politische Unanständigkeit von ganz besonderem Format handelt. Die Lemgoer „Firma" ist überhaupt keine Firma, sondern es handelt sich bei diesem Namen lediglich um einen einfachen lippischen Landlehrer mit seiner Frau, der kaufmännischen Geschäften völlig fernsteht und ein Bekannter des Ministers Severing ist. Schreiber, mit dessen Vater Herr Severing schon verkehrt hat, und mit dem ihn auch nur eine rein persönliche Bekanntschaft ohne die Spur einer amtlichen Beziehung verbindet, ist, wie amtlich festgestellt wird, weder als Käufer, noch als Verkäufer oder als Vermittler, also in keiner irgendwie geartneten Hinsicht für einen preußischen Betrieb tätig gewesen oder tätig. Es handelt sich demnach hier um ein Schulbeispiel dafür, wie Verleumder einen ihnen politisch verhaßten Minister durch infame persönliche Verdächtigungen zu Fall bringen wollen.

Die Verwendung der Hauszinssteuer.

Der Reichstagsausschuß für Wohnungswesen beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit dem Antrag Külz (Dem.), der den gesamten Ertrag der mindestens 20 v. H. betragenden Hauszinssteuer zum Wohnungsbau und zur Wohnungserhaltung verwandt wissen will. Von den Vertretern des Finanzministeriums wurden Bedenken erhoben, die ganze Hauszinssteuer, die mit 20 v. H. eine Milliarde Mark betrage, nur für Wohnungsbauten zu verwenden, bevor nicht mit den Ländern ein Finanzausgleich stattgefunden habe. Die Länder könnten jetzt einen Teil dieser Steuer für andere Ausgaben nicht entbehren. Es werde zurzeit mit dem Auslande wegen einer Anleihe von 135 Millionen für Wohnungsbauten verhandelt.

Der Antrag Külz wurde mit 13 gegen 12 Stimmen angenommen, nachdem ein deutschnationaler Antrag auf Aussetzung der Abstimmung mit 14 gegen 11 Stimmen abgelehnt worden war. Ein kommunistischer Antrag, die Verwendung der Hauszinssteuer gemäß der dritten Steuernotverordnung aufzuheben, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ein doppelter „Z. R. 3".

Stuttgart, 23. Febr. Der frühere Chefkonstrukteur der Zeppelinwerke in Friedrichshafen, Dr. Karl Arnstein, der bekanntlich die Pläne für eine Reihe von Zeppelinen, darunter auch für den Amerika-Zeppelin entworfen hat, ist von der „Goodyear Zeppelin Corporation" in Akron mit dem Entwurf des größten starren Luftschiffes, das je gebaut worden ist, betraut worden. Das Schiff soll doppelt so groß wie der Z. R. 3 sein und 5 Millionen Kubikfuß Gasgehalt haben. Die Motoren werden 4000 PS. entwickeln. Das neue Luftschiff soll regelmäßige Zweitagefahrten zwischen London und Neuyork und zurück ausführen.

Vereinigung der Nationalliberalen mit der Deutschnationalen Volkspartei.

Berlin, 24. Febr. Eine Berliner Vertreterversammlung der Nationalliberalen Reichspartei hat beschlossen, sich der Deutschnationalen Volkspartei anzuschließen. Der Vorsitzende, Landtagsabg. Marezky führte in einem Referat über die politische Lage aus, die große Aufgabe der Nationalliberalen Reichspartei sei jetzt erfüllt, da die Deutsche Volkspartei wieder in der nationalen Front stehe. Die Westgruppe Berlin der Nationalliberalen Reichspartei hat ihren Uebertritt zur Deutschnationalen Volkspartei bereits vollzogen.

Auslieferung eines Angehörigen der Organisation C.

Budapest, 23. Febr. Wie die Blätter melden wird der im Mai v. J. in Steinamanger verhaftete reichsdeutsche Student Robert Grüttelehder, der von den deutschen Behörden beschuldigt wird, als Mitglied der Organisation Consul einen angeblichen kommunistischen Spitzel namens Damers ermordet zu haben, und der sich seitdem in Raab in Haft befindet, auf Grund des von der deutschen Reichsregierung gestellten Auslieferungsbegehrens in den nächsten Tagen ausgeliefert werden.

Litauen.

Kowno, 23. Febr. Das litauische Ministerkabinett hat in Durchführung des Artikels 371 des Versailler Vertrages die deutsch-litauische Konvention über den Uebergang des Eisenbahnmaterials an Litauen genehmigt.

Kowno, 23. Febr. Nach der bereits gemeldeten Kündigung des deutsch-litauischen Optionsvertrages im